
Was wurde eigentlich aus der Strafanzeige in Sachen Kirchstieg?

Viel Lärm um nichts. Der Staatsanwalt hat das Verfahren mangels Anfangsverdacht eingestellt, denn ich habe mir absolut nichts zuschulden kommen lassen. Das habe ich nun schriftlich. Übrigens teilte die Staatsanwaltschaft Herrn Udo Möller, der die Anzeige gestellt hatte, schon mit seiner Eingangsbestätigung mit, dass sie in seiner Anzeige "keine Anhaltspunkte für eine strafbare Handlung" sieht. Dennoch hat sich Herr Möller an das Hamburger Abendblatt gewandt, das ja einen großen Artikel dazu veröffentlichte. Da drängt sich doch der Eindruck geradezu auf, dass diese Geschichte begetretet wurde, um meinen Ruf zu schädigen. Es ist bitter und traurig, dass in der politischen Auseinandersetzung in Wedel mittlerweile mit derartigen Methoden gearbeitet wird. Es enttäuscht mich insbesondere, dass mit Astrid Sawatzky und Stephen Krüger zwei ehemalige Ratsmitglieder der Linken und mit Helmut Metz ein ehemaliger Mandatsträger der Grünen, sowie der noch amtierende SPD-Ratsherr Manfred Eichhorn persönliche Erklärungen abgeben haben, die Herr Möller für sein Vorhaben genutzt hat. Ich will weiterhin mit allen Ratsfraktionen, deren Mitglieder ich fast alle sehr schätze, vertrauensvoll zusammenarbeiten. Aber leichter wird dies durch ein derartiges Verhalten manch' "schwarzer Schafe" bestimmt nicht.

Manfred Eichhorn
Quälkampsweg 67 B
22880 Wedel

Als Mitglied im Planungsausschuss und im Rat der Stadt Wedel war ich an der Ausschreibung und der Entscheidung über das Grundstück „Kirchstieg“ beteiligt.

Schon bei der sehr frühzeitigen Frage nach der Zuwegung zum Gelände wurde von der Verwaltung stets nur der Weg über die Rudolf-Höcknerstrasse als möglich erklärt. So wurde dann auch in den Gremien entschieden. Erst nach dem Rücktritt des ersten Siegers stellte sich heraus, dass es für die Zufahrt über den Kirchstieg ein grundbuchlich abgesichertes Zufahrtrecht mit dem Eintrag einer Baulast gibt. Auf die Frage, warum dieser Sachverhalt erst so spät mitgeteilt wurde, war die Antwort: Es ist nicht danach gefragt worden.

Zum B-Plan Businesspark

In der Beurteilung des 1. Preises heißt es u.a.: das Konzept lässt eine große Variabilität und Gestaltungsvielfalt zu. Der der Öffentlichkeit zugängliche grüne Mittelteil steigert die Attraktivität des Gebietes für Besucher, die die Elbe erreichen wollen..

Auf der Grundlage des 1. Preises ist der Masterplan erstellt und vom Rat beschlossen worden.

Die Analyse von Engel & Völkers bestätigt dem Masterplankonzept eine hohe Qualität und sieht in der Umsetzung einer derart anspruchsvollen städtebaulichen Struktur die **entscheidende Voraussetzung**, für einen Erfolg des Standortes. Mit den modernen Gebäuden und **hochwertigen Außenarealen, einschließlich stark durchgrünter campusartiger Atmosphäre und erlebbaren Zugang zum Elbufer, ist eine höherwertige Nutzungsqualität zu schaffen, die eine gute Wettbewerbsfähigkeit in der Metropolregion hätte.**

Die wesentliche Einschränkung der Analyse ist die Feststellung, der Dienstleistungsanteil ist zu groß. Die Gutachter machen den Vorschlag, den nördlichen Teil des Campus zu Gewerbeflächen umzuwidmen und den südlichen Teil bewusst zu erhalten, um die **zwingend notwendige Außenraumqualität** zu erhalten. Die lockere Bebauung des Campus definiert sich durch die versetzte Lage der Gebäude zueinander, unterschiedliche Gebäudegrößen und einen geschwungenen, **öffentlich nutzbaren** Weg. Schon ein „falsch“ bebautes Grundstück reicht, um die Grundidee zu zerstören. Der vorliegenden B-Plan eliminiert gleich den ganzen Campus. In der Begründung steht: zwar“ Engels und Völkers haben deutlich gemacht, dass keine Festlegung auf die Ansiedlung von Dienstleistungsgewerbe und Büros erfolgen sollte. Diese Deutung ist nur mit großer Fantasie aus dem Gutachten zu folgern. Damit fallen auch die Parkhäuser weg, die ebenfalls ein wesentliches Argument für den 1. Preis waren.

Mit diesen Veränderungen wird der Parkcharakter, die „Seele“, des Areals zerstört und damit die Gesamtkonzeption. Wer dem B-Plan zustimmt, sollte dann auch so ehrlich sein, das Wort „Park“ zu streichen, und von einem gewöhnlichen Gewerbegebiet, das um den Loop mit Autos vollgestellt ist, sprechen. Unter diesen Prämissen wäre z.B. der 3. Preisträger besser, weil ehrlicher.

Das Poster mit dem Sahnetortenstück sollte aus dem Verkehr gezogen werden und durch ein Stück Streuselkuchen ersetzt werden. Auch dieser kann eine hohe Qualität haben, die SPD will aber die Sahnetorte und lehnt deshalb den B-Plan ab.

Nordumfahrung Protokoll

Die FDP war die erste Fraktion, die sich schon vor Jahren für eine Verlegung der B 431 in den Norden ausgesprochen hat, weil die Stadt diese neue Straße braucht.

Die CDU ist seinerzeit dankenswerterweise gefolgt, auch die Grünen haben sich uns angeschlossen.

Wir sind bei unseren Wählerinnen und Wählern im Wort, dass wir die Altstadt entlasten und künftig weniger Verkehr über den Marktplatz und den Rathausplatz leiten wollen.

Wir sind bei unseren Wählerinnen und Wählern auch im Wort, dass wir alles tun werden, um das Wohnungsangebot in Wedel erheblich zu vergrößern. Wir versprechen uns günstige Auswirkungen auf die Preise und die Beseitigung der Engpässe, die wir aktuell haben und die durch die neuen Flüchtlinge nicht geringer werden.

Und wir wollen, dass die in den nächsten Jahren im BusinessPark zu schaffenden Arbeitsplätze von vielen Menschen besetzt werden, die in Wedel wohnen, hier ihre Steuern zahlen und nicht Verkehrsengpässe zwischen Wedel und Hamburg noch verstärken.

Und wir bekennen uns zu der aktuellen Nord-Trasse, weil alle anderen Varianten ohne jede Realisierungschance sind, entweder müssen zahlreiche Häuser weichen oder Gräber, das ist alles ohne realistischen Hintergrund.

Und wenn der Bund, was ja offensichtlich ist, zumindest im nächsten Jahrzehnt sein Geld auch für Projekte des vordringlichen Bedarfs anderweitig einsetzen will oder muss, dann wollen wir die Nordumfahrung trotzdem, sie ist doch kein Mittel zur Bindung von Bundesmitteln, sondern zur Lösung innerkommunaler Probleme.

Deshalb haben wir bereits in unserem Kommunalwahlprogramm die Realisierung in Teilschritten als Alternative unterstützt.

Wir brauchen nämlich mindestens folgende Teilschritte:

Die nördliche Erschließung des neuen Stadtteils Wedel Nord, an dem zurzeit alle Fraktionen mit der Verwaltung und den Architektenbüros arbeiten, und zwar zwischen Aschopstwierte und Pinneberger Straße.

Dann brauchen wir den Kreisel an der Pinneberger Straße,
wir brauchen die S-Kurve und veränderte Vorfahrtsregelungen an der
Einmündung Breiter Weg und ins Autal hinein und wir brauchen eine
aufnahmefähigere Kreuzung Rissener Straße/Rudolf-Breitscheid-Straße.

Und dann kommen irgendwann hinzu:
Die Verbindung zwischen der Nordumfahrung von Wedel Nord und der
Holmer Straße, Veränderungen an der Pinneberger Straße und
irgendwann die Unterquerung der S-Bahn.

Für uns ist nicht wichtig, dass alle diese Teilprojekte auf einmal
verwirklicht werden, sondern dass wir uns über die Planung generell
einig werden und die Pläne in der Schublade haben.

Wichtig ist dabei offenbar der „Gesehenvermerk“ über den
Planungsstand beim Bund, damit wir überhaupt in Berlin im Gespräch
bleiben und es künftig nicht ausgeschlossen ist, dass zumindest eine
Übernahme der Unterhaltungskosten für eine verlegte Bundesstraße
erfolgt.

Deshalb sind wir für die Bewilligung der Planungsmittel, könnten uns
aber auch eine Teilung der Mittel vorstellen, um für's erste zumindest die
vordringliche nördliche Erschließung zu planen und vernünftig mit dem
Investor über eine Finanzierung dieses Abschnitts verhandeln zu
können.

Kirchm.

15/10/15

WSI Bergh
Nordumfahrung

Die WSI wird auch heute der Freigabe der Planungsmittel in ihrer überwiegenden Mehrheit nicht zustimmen.

Wir sind der Überzeugung, dass es für die Umsetzung einer Planung in eine konkrete Straßenbaumaßnahme keine gesicherte Finanzierung gibt. Bundesmittel sind nach unserer Einschätzung nicht zu erwarten. Eine Eigenfinanzierung ist angesichts leerer kommunaler Kassen in den nächsten Jahren ausgeschlossen. Ob und inwieweit eine Teilfinanzierung durch irgendwelche Erschließungsträger im Bereich Wedel Nord nicht nur Wunschtraum sondern ein realistisches Szenario ist, ist vollkommen ungeklärt. Es ist noch lange nicht entschieden, ob die mal angedachte Größe für Wedel Nord tatsächlich umgesetzt werden soll. Damit ist auch nicht entschieden, wie eine zukünftige Erschließung eines solchen Gebietes aussehen kann und im Mindestmaß sein muss.

Welche Chancen und welche Risiken in einer städtebaulich sehr großen Entwicklung an dieser Stelle liegen, ist auch in den zuständigen Ausschüssen nicht ausdiskutiert. Ob für dieses Gebiet tatsächlich ein Investor bereits ein Gesamtkonzept bereit hält ist, ist den zuständigen Gremien noch nicht offiziell mitgeteilt bzw. vorgestellt worden. Mir ist ein Investorenname auf dem Empfang der Stadt zum Hafenfest von einem, den dort ausgeschenkten Freigetränken bereits reichlich zugesprochenen, anderen Gast erzählt worden. Ich gehe gleichwohl davon aus, dass derartige Veranstaltungen nicht das offizielle Verlautbarungsgremium des Rathauses sind. Von daher ist es schon erstaunlich, mit welchem vermeintlichen Herrschaftswissen der Planungsausschussvorsitzende der CDU immer wieder an die Öffentlichkeit tritt. Die Planungen gehen derzeit von rund 30 Millionen Baukosten aus, von denen laut der veröffentlichten Aussage der Planungsausschussvorsitzenden 2/3 der vermeintliche Investor zahlen will. Das wären dann rund 20 Millionen. Warum, so könnte man fragen, bezahlt er dann nicht auch die Planungskosten, wenn der wirtschaftliche Nutzen einer Entwicklung für ihn offenbar so groß ist.

Wenn man dann noch die Verknüpfung ins Spiel bringt "Keine Nordumfahrung = kein Wedel Nord = Gefahr für den Businesspark", dann wird das Ganze endgültig zu einer Argumentschiene auf spekulativer Angstmache. Liest man die offiziellen städtischen Unterlagen über die Befragung von großen Immobilienvermarktern (übrigens gerade auf Wunsch der CDU erfolgt) über die potentiellen Nachfrager für die dortigen Grundstücke, so ist jetzt schon abzusehen, dass die dort mal erhoffte/erwartete Anzahl von Arbeitsplätzen bei weitem nicht erreichbar sein wird. Was damit an zusätzlicher Nachfrage am Wedeler Wohnungsmarkt überhaupt entsteht, ist nicht absehbar, wird aber deutlich geringer ausfallen, als man bisher kalkuliert hat.

Wie man sieht, kann man also durchaus zu fachlich begründeten unterschiedlichen Auffassungen kommen. Bitter wird es aber dann, wenn im Zusammenhang mit Planungskosten für eine Umgehungsstraße plötzlich die Flüchtlingsfrage ins Spiel gebracht wird. Da verlässt man dann den ernsthaften Diskurs über die richtige Stadtentwicklung und versucht seine argumentativ wohl selbst als schwach empfundene Position durch Emotionserzeugung über die Zielgerade zu retten.

Nein, die Ausgaben von rund einer Million für die Erstellung von Plänen sind nichts weiter als der Kauf eines teuren Lotterieloses für die Aufnahmen in den Verkehrswegeplan, wo jetzt schon zu erwarten ist, dass man beim Aufklappen des Loses das Wort „NIETE“ lesen wird. Und damit ist es nichts weiter als eine millionenteure Nervenberuhigungspille für die Bewohner der Altstadt für die nächsten Jahre, ohne dass es dort tatsächlich zu einer Entlastung durch den Bau einer Umgehungsstraße kommt.

Angesichts der Haushaltslage ein teuer bezahltes Wahlkampfgeschenk auf Kosten aller Wedeler!

Seriöse Stadtentwicklungs- und Finanzpolitik sieht jedenfalls anders aus.